

Vertrag über Bestattungs- und Überführungsaufträge

Die Stadt Essen, vertreten durch den Oberbürgermeister, – Ordnungsamt –, Porscheplatz 1, 45121 Essen, nachstehend „Auftraggeberin“ genannt und _____, nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt, vereinbaren folgendes:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Die Auftraggeberin beauftragt den Auftragnehmer mit der Durchführung von ordnungsbehördlich veranlassten Bestattungen und Überführungen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftrag gemäß seinem Angebot auszuführen.
- (3) Der Auftragnehmer sichert die jederzeitige Wahrung der Interessen der Auftraggeberin zu.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- (1) Folgende Grundlagen sind Teil des Vertrages und gelten in dieser Rangfolge:
 - a) dieser Vertragstext
 - b) die Leistungsbeschreibung mit Vorbemerkungen und beigelegten Planunterlagen
 - c) besondere Vertragsbedingungen bzw. Einzelregelungen
 - d) Ergänzende Vertragsbedingungen
 - e) Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen
 - f) technische Vertragsbedingungen und Fachvorschriften für die jeweilige Leistung
 - g) Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen) bei Bau- und Dienstleistungsaufträgen ab einem geschätzten Auftragswert von 25.000 € (ohne Umsatzsteuer).

Soweit in den Bestimmungen des Abs. 1 lit. a) – e) nichts anders geregelt ist, gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

§ 3 Vertragsdauer/Verlängerungsoption

Der Vertrag wird für zwei Jahre für die Zeit vom 01.01.2027 bis 31.12.2028 geschlossen. Er verlängert sich nach Ablauf der Festlaufzeit stillschweigend zu den vereinbarten Konditionen um jeweils ein weiteres Kalenderjahr, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit schriftlich von der Auftraggeberin gekündigt wird. Er kann im beiderseitigen Einvernehmen auch vorher gelöst werden. Der Vertrag endet spätestens am 31.12.2030 ohne dass es dazu einer gesonderten Kündigung bedarf.

§ 4 Rahmenbedingungen

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Aufträge nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz – BestG NRW) in der jeweils aktuell gültigen Fassung und der Friedhofssatzung der Stadt Essen in der jeweils aktuell gültigen Fassung durchzuführen.
- (2) Die gesamte Kommunikation zwischen Auftragnehmer und Auftraggeberin im Rahmen der Durchführung des Vertrages ist mündlich und schriftlich in deutscher Sprache zu führen. Ebenso sind sämtliche vom Auftragnehmer an die Auftraggeberin im Rahmen der Durchführung des Vertrages zu übergebende Unterlagen in deutscher Sprache abzufassen.
- (3) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen für alle aus der Vertragsdurchführung erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden.
- (4) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von allen Ansprüchen frei, die Dritte wegen Schäden nach Abs. 3 geltend machen, welche im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung stehen. Strittige Ansprüche Dritter wegen eines im Zusammenhang mit der Leistung entstandenen Schadens sind der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden (in Höhe von mindestens 1.000.000,00 Euro gegen Personenschäden; 100.000,00 Euro gegen Sachschäden; 50.000,00 Euro gegen Vermögensschäden) abzuschließen, die alle aus dem Vertrag entstehenden Risiken abdeckt. Er hat den Abschluss der Versicherung auf seine Kosten bei Vertragsabschluss und die Zahlung der jeweiligen fälligen Prämien auf Verlangen nachzuweisen.
- (6) Bei tatsächlichen Anhaltspunkten von Schlechtleistung aus dem Vertrag, ist der Auftragnehmer verpflichtet, während der Geschäftszeiten unangemeldete Prüfungen durch Fachdienststellen der Auftraggeberin zu dulden, Betriebsräume zugänglich zu machen, Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen soweit dies für die Prüfung erforderlich ist.

§ 5 Durchführung der Leistungen

- (1) Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen richten sich nach dem Leistungsverzeichnis.

Ferner ist er verpflichtet

- a) auch mehrere Bestattungen annähernd zeitgleich vertragsgemäß zu erledigen. Soweit darüber hinaus weitere Leistungen erforderlich sind, werden schriftliche Einzelabsprachen getroffen und abgerechnet.
- b) im Rahmen dieses Vertrages auf Grund eines Einzelauftrages durch die Auftraggeberin Bestattungen und Überführungen vorzunehmen. Bei Einzelaufträgen handelt es sich um Leistungen auf Abruf, die in der Regel telefonisch, in besonderen Fällen auch schriftlich erteilt werden.
- c) jede Bestattung oder Überführung unverzüglich durch Vorlage einer Rechnung abzurechnen. Verrechnungen der Einzelaufträge untereinander oder eine Sammelrechnung sind nicht zulässig.

- d) den jeweiligen Einzelauftrag zur Bestattung zu den von der Friedhofsverwaltung der Auftraggeberin, in Ausnahmefällen der Verwaltung eines sonstigen Friedhofs, festgelegten Terminen auszuführen.
 - e) unverzüglich nach Erhalt des Bestattungsauftrages den Sterbefall beim Standesamt anzuzeigen und beurkunden zu lassen.
 - f) die Aufträge in pietätvoller Art und Weise durch Fachpersonal durchzuführen.
- (2) Die Auftraggeberin kann, wenn der Auftragnehmer sich außerstande erklärt, die Leistung unverzüglich nach Erhalt des Bestattungsauftrages zu erbringen, ein anderes Unternehmen beauftragen, ohne dass der Auftragnehmer daraus Ansprüche gegen die Auftraggeberin herleiten kann. Eventuell entstehende Mehrkosten durch die Beauftragung eines anderen Unternehmens sind vom Auftragnehmer zu tragen.
 - (3) Bei Überführungen ist das eingesetzte Leichentransportfahrzeug des Auftragnehmers außer dem Fahrer zusätzlich mit einem Leichenträger zu besetzen, damit die Überführung ohne fremde Hilfe gewährleistet ist.
 - (4) Ist eine sofortige Überführung in eine Leichenhalle erforderlich, erscheint der Auftragnehmer innerhalb von maximal 90 Minuten nach fernmündlicher Beauftragung mit allen zur Durchführung des Auftrages notwendigen Materialien am Übernahmeort, sofern nicht eine längere Frist zur Ausführung der Überführung eingeräumt wird.
 - (5) Kann diese Frist nicht eingehalten werden, ist die Auftraggeberin berechtigt, ein anderes Unternehmen zu beauftragen, ohne dass der Auftragnehmer daraus Ansprüche gegen die Auftraggeberin herleiten kann. Eventuell entstehende Mehrkosten durch die Beauftragung eines anderen Unternehmens sind vom Auftragnehmer zu tragen.
 - (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen ständigen Bereitschaftsdienst, der täglich von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr erreichbar sein muss (per Telefon (Festnetz & Mobilnetz), Telefax, E-Mail) zu unterhalten.

§ 6 Preise/Rechnungsstellung

Maßgeblich für die Rechnungsstellung sind, soweit nachstehend nichts anderes aufgeführt ist, die Brutto-Preise des Preisblattes.

§ 7 Kündigung des Vertrages

- (1) Die Vertragsparteien können unbeschadet von § 3 aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - a) der Auftragnehmer wiederholt und trotz schriftlicher Mahnung innerhalb eines Jahres mindestens drei Mal mit der Durchführung der vertraglich vereinbarten Leistungen in Verzug geraten ist,
 - b) der Auftragnehmer die vertraglich vereinbarten Leistungen innerhalb eines Jahres mindestens drei Mal und trotz Nachfristsetzung nur mangelhaft durchführt,
 - c) der Auftragnehmer, seine Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften schuldhaft die Verpflichtungen aus den Verpflichtungserklärungen nach § 2 TVgG NRW nicht erfüllt,

- d) der Auftragnehmer in Vermögensverfall gerät, seine Zahlungsunfähigkeit erklärt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder der Auftragnehmer die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt zu versichern hat,
 - e) die Auftraggeberin mit der Zahlung von mindestens drei Rechnungen in Verzug gerät und trotz schriftlicher Mahnung mit Kündigungsandrohung nicht leistet,
 - f) dem Auftragnehmer die Zulassung der Essener Friedhofsverwaltung entzogen wurde.
- (2) Jede Kündigung bedarf für ihre Wirksamkeit der Schriftform.
- (3) Im Falle einer fristlosen Kündigung dieses Vertrages durch die Auftraggeberin steht dem Auftragnehmer eine Vergütung nur für die bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen zu.

§ 8 Datenschutz/Verschwiegenheit

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes in der jeweils gültigen Fassung zu beachten und anzuwenden.
- (2) Alle dem Auftragnehmer zugänglichen Daten sind nur für die Erfüllung seines Auftrags bestimmt und dürfen nicht an Dritte übermittelt werden.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Geheimhaltung aller Betriebs- und Geschäftsvorgänge, die ihm während seiner Tätigkeit bekannt werden. Er haftet für seine Mitarbeiter bzw. Erfüllungsgehilfen.
- (4) Werden der Auftraggeberin Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen bekannt, wird sie diese zur Anzeige bringen und die strafrechtliche Verfolgung anstreben.

§ 9 Optionsklausel

Die Auftraggeberin wird die in diesem Vertrag vereinbarten und weiterhin benötigten Leistungen so rechtzeitig neu ausschreiben, dass der Zuschlag vor Ablauf dieses Vertrages mit Wirkung auf den auf den Ablauf folgenden Tag erteilt werden kann. Falls es dabei aufgrund eines Nachprüfungsverfahrens zu Verzögerungen kommt, ist die Auftraggeberin berechtigt, diesen Vertrag um den Zeitraum der Verzögerung zu verlängern. Diese Option muss spätestens 30 Kalendertage vor Ablauf dieses Vertrages angezeigt werden.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages einschließlich dieser Schriftformklausel bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform. Dies gilt auch für jegliche Ausübung von Gestaltungsrechten und alle wichtigen Mitteilungen der Vertragsparteien.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder sollte dieser Vertrag Lücken enthalten, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt ab Eintritt der Unwirksamkeit diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Dies gilt nicht, wenn die Unwirksamkeit aufgrund der §§ 305 bis 310 BGB eintritt; insoweit verbleibt es bei der Regelung des § 306 Abs. 2 BGB. Im Fall von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses

Vertrages vereinbart worden wäre, hätten die Parteien die Angelegenheit von vornherein bedacht.

- (3) Die Befugnisse aus diesem Vertrag werden auf Seiten der Stadt Essen ausschließlich durch die vertragsschließende Stelle ausgeübt.
- (4) Durch die Bestimmungen dieses Vertrages sowie die nach diesem Vertrag von der Stadt Essen erteilen Zustimmungen werden öffentlich-rechtliche Genehmigungserfordernisse nicht berührt
- (5) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Essen,

Für die Auftraggeberin

Für den Auftragnehmer
